



# Wahlprüfsteine

Folgenden Fragenkatalog haben wir an die SPD, die Grünen, CDU (die unsere Fragen nicht beantwortet hat), Die Linke und FDP sowie an Volt geschickt.

Die Statements der Parteien sortieren wir chronologisch nach Eingang der Antworten:

## Frage 1:

**Werden Sie für Leistungsberechtigte im SGB II, SGB XII und AsylbLG die Kostenübernahme für die Anschaffung von energiesparenden Haushaltsgeräten einführen? Wenn ja, in welcher Höhe?**

Die Linke: Die Linke fordert die Gewährung von bedarfsdeckender Kostenübernahme von energiesparenden Haushaltsgeräten für Menschen welche auf Bürgergeld, Asylbewerberleistungen oder Grundsicherung im Alter angewiesen sind. Zudem sollten Altgeräte gegen energiesparende Neugeräte unkompliziert eingetauscht werden können.

Grüne: Schon heute unterstützen die Hamburger Umweltbehörde und der Bund Empfänger\*innen von Bürgergeld, Sozialhilfe, Grundsicherung oder Wohngeld beim Kauf eines energiesparenden Kühlschranks je nach Haushaltsgröße mit 100 bis 200 Euro. Wir setzen uns dafür ein, diesen Ansatz auszubauen und für alle Elektro-Großgeräte nutzbar zu machen. Dabei ist auch aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Inanspruchnahme die Förderhöhe deutlich anzuheben.

Volt: Dazu hat Volt keine konkreten Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt. Sollte bei den genannten Gruppen ein Rechtsanspruch auf Kostenübernahme für die Anschaffung von Haushaltsgeräten bestehen, halten wir aus energie- und umweltpolitischen Gründen entsprechende Auflagen zur Energiesparsamkeit für sinnvoll.

Für Leistungsberechtigte AsylbLG setzt sich Volt dafür ein, die Bargeldobergrenze von 50 € im Rahmen der sog. „Bezahlkarte“ abzuschaffen. Da die Kartenzahlung in Deutschland vielerorts nicht möglich ist, stellt die Bargeldobergrenze ein massives Hemmnis für Integration und Teilhabe dar.

SPD: Das Leistungsrecht in den genannten Gesetzen ist Bundesrecht, das die FHH nicht ändern kann. Die Anschaffung einer Erstausrüstung ist zuschussfähig. Ersatz oder Modernisierungsanschaffung sind im Regelsatz abgedeckt, können aber durch einen günstigen Kredit ermöglicht werden.

Die FHH fördert zudem den „Stromsparcheck“ bei dem Bezieher:\*innen von Sozialleistungen oder sehr geringer Einkommen Zuschüsse von bis 200 Euro für die Anschaffung eines verbrauchsarmen Kühlschranks sowie weitere Vergünstigungen bekommen können.

FDP: Nein, dies ist derzeit nicht beabsichtigt. Eine solche Förderung geht über eine maßvolle Unterstützung zum Lebensunterhalt deutlich hinaus.

## Frage 2:

**Werden Sie für Leistungsberechtigte im SGB II, SGB XII und AsylbLG die Kostenübernahme für die Anschaffung von digitalen Geräten und Internet einführen? Wenn ja, in welcher Höhe?**

Die Linke: Die Linke fordert konkret einen Zuschuss von 500 Euro für digitale Ausrüstung (22/9964) in ihrem Antrag. Eine umfassende Ausstattung mit digitalen Endgeräten und die Finanzierung eines Internetanschlusses gehören mittlerweile zu den unerlässlichen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe. Aber wie der aktuelle Digitalindex belegt, ist es allein damit nicht getan, sondern es bedarf auch einer umfassenden Anwender\*innenschulung – und Beratung, um die notwendige Kompetenz für die Handhabung zu erlangen.

Vor allem seit der vom Senat betriebenen voranschreitenden Digitalisierung der Behörden und Ämter, welche mit der Einschränkung der analogen Kontaktmöglichkeiten einhergeht, ist hier die Stadt in der Pflicht für alle Bürger\*innen den Zugang zur Daseinsvorsorge abzusichern.



Die Linke fordert daher eine bedarfsdeckende Kostenübernahme für digitale Endgeräte sowie die Finanzierung von notwendigen Scanner und Drucker so wie der Bereitstellung von Anwenderkursen und flächendeckenden Digitalcafés mit Anwender\*innenberatung.

Grüne: Seit 2022 hat sich der Regelsatz Hartz IV/Bürgergeld für alleinstehende von 449 € auf 563 € erhöht. Wir wissen das diese Erhöhungen angesichts der Inflation eher zu niedrig ausgefallen sind und wir setzen uns als Grüne für eine weitere Anhebung ein. Allerdings haben wir in diesem Bereich eher einen politischen Abwehrkampf gegen konservative und rechtspopulistische Bestrebungen zu führen, die alle Verbesserungen aus dem Wechsel von Hartz IV zum Bürgergeld rückabwickeln und zusätzliche Kürzungen durchsetzen wollen. Das wollen wir unbedingt verhindern und setzen uns für Mehrheiten ein, die den Regelsatz weiter erhöhen, damit Ansparungen für größere Ausgaben leichter möglich sind.

Volt: Dazu hat Volt ebenfalls keine konkreten Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt. Sollte bei den genannten Gruppen ein Rechtsanspruch auf Kostenübernahme für die Anschaffung von digitalen Geräten und Internet bestehen, halten wir dies grundsätzlich zur Förderung der sozialen Teilhabe für sinnvoll.

SPD: Das Leistungsrecht in den genannten Gesetzen ist Bundesrecht, das die FHH nicht ändern kann. Ergänzende freiwillige Leistungen der FHH planen wir nicht. Die gleichberechtigte Teilhabe für alle nehmen wir jedoch sehr ernst. So gibt es in Hamburg teilhabesichernde Maßnahmen an den Schulen (digitale Leihgeräte), das künftige „Haus der digitalen Welt“ am Gerhard Hauptmannplatz oder das „Café digital“ des Jobcenters in unmittelbarer Nähe zum Hauptbahnhof.

FDP: Nein, siehe oben.

### Frage 3:

**Werden Sie für Leistungsberechtigte im SGB II, SGB XII und AsylbLG die Erstaussstattungspauschale erhöhen? Wenn ja, in welcher Höhe?**

Die Linke: Die Linke fordert die Übernahme von Kosten der Erstaussstattung einer Wohnung in tatsächlicher Höhe. Dazu gehören sowohl die Kosten für die Renovierung, Haushaltsgeräte und Möbel.

Grüne: Die Sätze für Erstaussstattung für Wohnung und Bekleidung sind in Hamburg z.B. für eine Wohnungseinrichtung für eine Person mit 809 Euro im Vergleich mit anderen Städten relativ niedrig und seit Jahren nicht angepasst worden. Die geltenden Sätze sind aus unserer Sicht vor allem mit Blick auf die notwendige nachhaltige Anschaffung von Kleidung und Mobiliar zu niedrig. Wir werden uns für eine Erhöhung entsprechend der gestiegenen Lebenshaltungskosten einsetzen.

Volt: Dazu hat Volt bisher keine konkreten Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt. Volt setzt sich grundsätzlich dafür ein, allen Menschen, die in Deutschland ankommen, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Bleibeperspektive, einen sofortigen Zugang zu sozialer, rechtlicher, medizinischer und psychologischer Hilfe zu ermöglichen. Außerdem fordern wir einen sofortigen Zugang zu Bildungsangeboten und sozialer Teilhabe. Hierfür ist z.B. der Kulturpass, der die kostenfreie Teilnahme an ausgewählten Veranstaltungen in Hamburg ermöglicht, ein geeignetes Instrument.

SPD: Das Leistungsrecht in den genannten Gesetzen ist Bundesrecht, das die FHH nicht ändern kann. Für die Anerkennung von Erstaussstattungskosten gibt es in Hamburg fachliche Weisungen, die regelmäßig hinsichtlich ihrer Angemessenheit überprüft werden.

FDP: Die Anpassung muss gemäß der Inflation stattfinden.

### Frage 4:

**Werden Sie dafür sorgen, dass die Übernahme der Stromkosten in den Kosten der Unterkunft durch Jobcenter und Grundsicherungsämter in tatsächlicher Höhe erfolgt bzw. die den Regelsatzanteil übersteigenden Teile als „unabweisbarer Bedarf“ übernommen werden?**

Die Linke: Die Linke setzt sich für die Abschaffung von Stromsperrern und der Versteigerung des Härtefallfonds für Energieschuldner\*innen ein.

Vor allem muss sowohl die Beantragung als auch die Erstattung leicht verständlich, schnell und unbürokratische erfolgen. Eine diesbezügliche Information ist allen, die auf Leistungen der Grundsicherung angewiesenen Menschen zukommen zu lassen.

Grüne: Darüber wird auf Bundesebene entschieden. Als Grüne wollen wir die Herauslösung der Stromkosten aus dem Regelsatz erreichen, denn die gestiegenen Stromkosten lassen sich nicht mehr aus dem rechnerischen Anteil am Regelsatz begleichen, sondern müssen grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Kosten übernommen werden, zumal Leistungsberechtigte oft nur in den verhältnismäßig teuren Tarif des Grundversorgers können. Für eine Hamburger Initiative in diese Richtung werden wir uns weiter einsetzen.



Volt: Dazu hat Volt bisher keine konkreten Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt. Wir sehen es jedoch als Aufgabe unserer Solidargemeinschaft und des staatlichen Hilfesystems an, Menschen in Not zu unterstützen. Daher würden wir - sofern rechtlich möglich - die Übernahme von Stromkosten in tatsächlicher Höhe unterstützen, wenn dadurch z.B. unzumutbare Härten wie z.B. Verlust der Wohnung vermieden werden können.

SPD: Stromkosten sind Bestandteil des Regelsatzes in der Grundsicherung. Wer Stromrechnungen nicht zahlen kann, sollte sich zum Umgang mit hohen Rechnungen unbedingt an das Jobcenter wenden. Bei Energieschulden besteht zur Abwendung von Sperren ein Anspruch auf Schuldenübernahme. Ein zinsloser Kredit für unabweisbare Bedarfe kann hier eine Möglichkeit sein. Auch ein „Stromsparmcheck“ kann perspektivisch den Verbrauch senken.

Die FHH hat im Zuge der Energiekrise einen „Härtefallfonds Energiesperren vermeiden“ im Umfang von 15 Mio. Euro geschaffen. Haushalte, die Sozialleistungen nach dem SGB II, SGB XII oder nach dem AsylbLG bezogen, wurden vom Härtefallfonds jedoch nicht umfasst. Denn sie erhalten Leistungen, die die Kosten der Heizung und für Strom abdecken. Personen, die Sozialleistungen beziehen und Probleme mit der Begleichung der Energiekosten haben, wurden an den zuständigen Leistungsträger verwiesen, da dort ein Anspruch auf Schuldenübernahme bestand.

FDP: Hier muss ein sinnvoller Mittelweg gefunden werden, der den Lebensunterhalt ermöglicht und auf der anderen Seite vermeidbaren Überverbrauch reduziert.

#### Frage 5:

**Werden Sie in der Gesellschafterversammlung von team.arbeit.hamburg dafür sorgen, dass in Hamburg auf die Verhängung von Sanktionen verzichtet wird?**

Die Linke: Die Linke lehnt Sanktionen grundsätzlich ab.

Wir sind derzeit nicht Teil der Gesellschafterversammlung, versuchen in aber in diesem Sinne über Bürgerschaftsanträge Einfluss zu nehmen.



Grüne: Die Sanktionen konnten mit dem Übergang von Hartz VI zum Bürgergeld aufgehoben werden, was uns erst mal freut. Allerdings wurde jetzt wieder nachgesteuert. Natürlich muss das Jobcenter Möglichkeiten haben, mit Menschen umzugehen, die nicht mitmachen – auch wenn das ein kleiner Teil ist. Dennoch sehen wir Sanktionen kritisch. Denn sie schaffen keinen Motivationsschub, keine neuen Perspektiven und können sich auch nachteilig auf die Familie, z.B. Kinder auswirken. Uns ist wichtiger, dass die Menschen von Beginn an motiviert werden und eine Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und den Menschen stattfindet. So wird es zu wirksameren und nachhaltigeren Ergebnissen kommen. Dafür setzen wir uns auch in der Gesellschafterversammlung ein, denn die Menschen brauchen Perspektiven und keine Sanktionen.

Volt: Dazu hat Volt bisher keine Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt.

SPD: Das Leistungsrecht im SGB II (Bürgergeld) ist Bundesrecht, das die FHH nicht einseitig ändern kann.

FDP: Nein, solange die Sanktionen maßvoll sind.

#### Frage 6:

**Werden Sie ein kostenloses Sozialticket für Sozialleistungsberechtigte einführen oder zumindest den Sozialtarif weiter bei 19 Euro belassen?**

Die Linke: Die Linke setzt sich mittelfristig für einen kostenfreien ÖPNV für Alle ein. Jetzt wollen wir ein kostenfreies Sozialticket und auch den Kreis der Berechtigten um Wohngeldempfänger\*innen erweitern.



Grüne: Wir wollen die Mobilität in Hamburg zu günstigeren Preisen ermöglichen. Dabei werden wir insbesondere die hohen Kosten für Familien, Menschen im Sozialleistungsbezug und Arbeitnehmer\*innen mit geringen Einkommen in den Blick nehmen und einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des Preissystems machen, das sowohl Anreize im Sinne der Verkehrswende setzt, als auch für mehr soziale Teilhabe sorgt.

Volt: Dazu hat Volt bisher keine konkreten Beschlüsse gefasst oder Positionen festgelegt. Im Sinne der sozialen Teilhabe ist die Möglichkeit, öffentliche Verkehrsmittel nutzen zu können, essentiell. Daher würden wir grundsätzlich entsprechende Regelungen zugunsten von Sozialleistungsberechtigten unterstützen.

SPD: Azubiticket, Semesterticket und Sozialrabatt werden wir weiterführen und nur so weit erhöhen, wie der Preis für das Deutschlandticket prozentual steigt. Dementsprechend kostet ein Deutschlandticket mit Sozialrabatt seit dem 1.1.2025 in Hamburg nur 22,50 Euro.

Zur Entlastung der Senior\*innen werden wir schrittweise ein Senior\*innenticket einführen. Das von uns versprochene kostenlose Schüler\*innenticket ist 2024 eingeführt worden – und auf eine überwältigende Nachfrage gestoßen. Wir haben damit einen gewaltigen Schritt für die Entlastung von Familien in unserer Stadt gemacht. Wir werden an diesem Angebot zur kostenfreien Nutzung des ÖPNV für Schülerinnen und Schüler festhalten.

FDP: Die FDP Hamburg unterstützt den Sozialtarif und setzt sich dafür ein, dass dieser bei 19 Euro oder einem vergleichbaren Preis bleibt. Ein kostenloses Ticket halten wir für nicht nachhaltig finanzierbar.

#### Frage 7:

**Welche Schritte werden Sie unternehmen, um die Sozialbindungen im Wohnungsbestand der SAGA zu verstetigen und ein Hamburger Wohnungsbewirtschaftungsgesetz einzuführen?**

Die Linke: Wir wollen es machen wie Wien: Alle öffentlich geförderten Wohnungen bleiben für immer in der Sozialbindung. In Hamburg fallen von den aktuell 80.000 Sozialwohnungen bis 2028 mehr als 20.000 aus der Bindung. Damit wird es für die 600.000 Haushalte, die heute schon eine geförderte Wohnung beanspruchen könnten, noch aussichtsloser, eine zu erhalten.

Mit einem Mietendeckel werden bereits überhöhte Mieten gesenkt und Mietsteigerungen stark begrenzt. Indexmieten werden verboten, die Möblierung von Wohnungen als Grund für extrem übersteigerte Mieten wird ausgeschlossen. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wird verboten.

Grüne: Die Stadt Hamburg hat einen Kooperationsvertrag mit der SAGA zur Aufnahme von 2000 vordringlich Wohnungssuchenden (davon 1000 Wohnungslose) p.a. Wir wollen, dass min. jede zweite freie Saga Wohnung an vordringlich wohnungssuchende Haushalte vermittelt wird. Ferner baut die SAGA überwiegend im geförderten Bereich und verlängert auch vielfach die Bindungen. Von daher werden bei der SAGA ca. 2000 bis 3000 neue Bindungen geschaffen. Ein Wohnungsbewirtschaftungsgesetz macht für Kommunen Sinn, die keine Mieter:innenschützenden Gesetze/ Verordnungen oder starke Aktivitäten im Neubau von Sozialwohnungen haben. In Hamburg würde es zunächst nur die zahlreichen Gesetze wie das Wohnraumschutzgesetz, etc. zusammenfassen. Die Grünen sind aber in einer Diskussion, ob und inwieweit ein Wohnungsbewirtschaftungsgesetz für Hamburg sinnhaftig sein könnte und prüfen derzeit die juristischen Auswirkungen.

Volt: Für Volt ist der Wohnraumangel in Hamburg eine der zentralen Herausforderungen unserer Stadt, die soziale Spannungen in der Gesellschaft verstärkt und daher alle Hamburger\*innen etwas angeht.

Mit einer starken Basis an städtischen und genossenschaftlichen Akteuren wie den mehr als 30 Baugenossenschaften und der SAGA hat Hamburg jedoch die Möglichkeit, diese Krise aktiv anzugehen. Volt setzt sich entschlossen für die Stärkung des sozialen und gemeinschaftlichen Wohnens ein. Wir fordern, dass sozialer Wohnungsbau, Wohnungsbaugenossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojekte massiv gefördert werden, um nachhaltige, flexible und bezahlbare Wohnlösungen für alle zu schaffen. Dazu gehören auch

- dauerhafte Preis- und Belegungsbindungen für geförderten Wohnraum,
- die Abschaffung der zeitlich begrenzten Bindung von 30 Jahren für Sozialwohnungen,



- die Wiedereinführung einer moderaten, sozial gestaffelten Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau.

Dies könnte in einem Wohnungsbewirtschaftungsgesetz geregelt werden.

SPD: Wir haben die Hamburger Wohnraumförderung mit 800 Mio. Euro Förderbarwert pro Jahr auf ein Rekordniveau gehoben. Unter anderem haben wir die Mietpreis- und Belegungsbindungen auf regelhaft 30 Jahre ausgeweitet. Bei Wohnungen für vordringlich Wohnungssuchende sogar auf 40 Jahre. Die Förderung ist festverzinst bei einem 1 Prozent über die gesamte Laufzeit. Diese guten Rahmenbedingungen sind die Grundlage dafür, dass bundesweit rund jede zehnte Sozialwohnung in Hamburg gebaut wird. Mit mittlerweile vier Förderwegen bietet die Wohnraumförderung weit in die Mitte der Gesellschaft die Möglichkeit, Sozialwohnungen mit langen Bindungen zu errichten. Neu sind die 100-jährig-gebundenen Wohnungen im „1. Förderweg plus“, von denen jährlich bis zu 1.000 errichtet werden sollen. Die SAGA übernimmt beim Bau von Sozialwohnungen seit Jahren eine Vorreiterrolle und hat seit 2011 8.826 neue Sozialwohnungen gebaut. Eine Verstetigung von Sozialbindungen, ist EU-rechtlich nicht zulässig. Mit den 100-jährig gebundenen Wohnungen hat Hamburg jedoch ein quasi dauerhaft gebundenes Segment geschaffen. Das ist bundesweit einmalig. Mit einer durchschnittlichen Nettokaltmiete bei freifinanzierten Wohnungen von 7,47 Euro/qm liegt der gesamte Wohnungsbestand der SAGA von 140.000 Wohnungen auf dem Niveau von geförderten Wohnungen im 1. Förderweg. Damit ist die SAGA der Garant für bezahlbaren Wohnraum in Hamburg. Mit dem Zweckentfremdungsverbot und dem Wohnraumschutzgesetz sowie sozialen Erhaltungsgebieten und starkem Mieterschutz besitzt Hamburg starke rechtliche Grundlagen. In Hamburg ist zudem Wohnungsleerstand kaum vorhanden. Ein Gesetz zur Zwangsbewirtschaftung von Wohnraum lehnen wir ab.

FDP: Die FDP Hamburg steht für eine ausgewogene Wohnungspolitik, die Anreize für private Investoren schafft und gleichzeitig den sozialen Wohnungsbau fördert. Wir setzen uns für eine Verstetigung der Sozialbindungen bei der SAGA ein, sehen jedoch ein Wohnungsbewirtschaftungsgesetz kritisch, da es den Wohnungsmarkt zu stark regulieren und Investitionen hemmen könnte. Unser wichtigstes Ziel ist: Mehr, schneller und günstiger bauen. Dann gibt es auch ein größeres Angebot an Sozialwohnungen.

#### Frage 8:

**Welche Position vertritt Ihre Fraktion zur verfassungswidrigen Verschärfung der Sanktionsregelungen im Bürgergeld und zur Reduzierung der Weiterbildung?**

Die Linke: Die Fraktion setzt sich grundsätzlich gegen Sanktionen ein und hat diesbezüglich immer wieder Anträge eingebracht. Die von der Politik und Medien geführte diskriminierende Debatte zu Lasten von Bürgergeldempfänger\*innen hat zu einer Stigmatisierung von Armut geführt. Nur 4% aller im Jobcenter gemeldeten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Hamburg sind wirklich marktnah direkt in Arbeit vermittelbar.

Wir setzen auf Aus- und Weiterbildung, nur so können Menschen dauerhaft und nachhaltig in den Arbeitsmarkt gebracht werden.

Grüne: Die Grünen lehnen die vollständige Streichung des Bürgergeldes bei wiederholter Arbeitsverweigerung ab, weil solche Maßnahmen das Existenzminimum gefährden und verfassungsrechtlich problematisch sind. Leider konnte im Gesamtpaket der Bürgergeld-Änderungen nur ein Kompromiss in der Koalition vereinbart werden. Es gelang, die Vollsanktion auf zwei Jahre zu befristeten und eine Evaluierung zu vereinbaren, die Wirksamkeit und Angemessenheit dieser Maßnahme zu überprüft. Damit stehen die Chancen gut, diese Maßnahme wieder zu streichen. Die Verfassungswidrigkeit dieser Maßnahme der Vollsanktion ist aus grüner Sicht zweifelhaft, aber darüber kann letztendlich nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden.

Volt: Eine Verschärfung der Sanktionsregelungen lehnen wir ab.

Damit alle Menschen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben und zu einer leistungsfähigen und innovativen Wirtschaft beitragen können, setzt Volt sich für ein Recht auf Weiterbildung ein, für Arbeitnehmer\*innen ebenso wie für Arbeitsuchende, um für ein lebenslanges Lernen zu ermöglichen und die Beschäftigungsfähigkeit auch für ältere Menschen zu erhalten.

SPD: Die SPD hat im Bund mit der Einführung des Bürgergeldes die jahrelange fachliche und rechtliche



Diskussion über die notwendige Fortentwicklung des SGB II (Hartz IV) incl. des Sanktionsregimes endlich in eine Reform umgesetzt. Die SPD-Fraktion Hamburg hatte in der Bürgerschaft hierzu bereits im Vorfeld eine Position entwickelt, die in dem gemeinsamen Antrag der Hamburger Regierungsfractionen Drs. 22/6425 vom November 2021 dokumentiert ist.

Wir wissen, dass die meisten Menschen im Bürgergeldbezug, die arbeiten können, auch arbeiten wollen. Das Bürgergeld ist eine steuerfinanzierte Grundsicherung und kein bedingungsloses Grundeinkommen. Deswegen wird zu Recht Mitwirkung eingefordert. An diesem Prinzip des Forderns halten wir fest. Ziel des Bürgergelds ist es, Menschen mithilfe von Qualifizierung und Weiterbildung zu unterstützen, die eigene Hilfebedürftigkeit zu beenden. Wir wollen die Jobcenter dafür personell und finanziell so ausstatten, dass sie eine individuelle und engmaschige Beratung sicherstellen können.

FDP: Die FDP Hamburg lehnt verfassungswidrige Verschärfungen ab und setzt sich für ein ausgewogenes Sanktionssystem ein, das Leistungsberechtigte unterstützt und zugleich Eigenverantwortung fördert. Weiterbildungen sind ein Schlüssel zur Integration und gesellschaftlichen Teilhabe, weshalb wir uns klar gegen Kürzungen in diesem Bereich aussprechen.

Anmerkung:

1 Wir haben die Statements markiert, die inhaltlich die größte Gemeinsamkeit mit den Forderungen und der Haltung von Hamburg traut sich was aufweisen. Die Ähnlichkeit mit einem Wahlkreuz ist selbstverständlich rein zufällig...